

Die „Vorläufer“ werden...  
Verantwortlich: Herr...  
Verlag: ...

Verlag: ...  
Redaktion: ...  
Druck: ...

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Ein Ultimatum der Entente.

## Der Wortlaut der Noten.

Berlin, 27. März.

Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaen folgende Note des französischen Vorkämpfers, des Generals Rubant, zu:

In Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrates der Alliierten und assoziierten Regierungen wird General Rubant in Ausführung der Artikel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gehalten sind, die Armee des Generals Haller, welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmarschieren mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichten, alle Erleichterungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Generalstab marschierenden Truppen notwendig sind. Jede Weigerung diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen werden. Inwiefern diese Note die von der deutschen Regierung die Vollmacht zu verlangen, die nötig sind, um die Art und Weise der Ausführung beizugehen und auf Grund gegenseitigen Uebereinstimmens zu regeln.“ gen. Rubant.

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde im Laufe des heutigen Tages nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zugiehung der Vorsitzenden der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß dieses Vertrages gingen wir jedenfalls davon aus, daß es sich nur um freien Durchzug für alliierte Truppen handeln könne, nicht aber um polnische. Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet, freien Zugang für eine polnische Armee über Danzig durch Westpreußen zu geben. In dieser Auffassung sieht die deutsche Regierung sich bestätigt durch die bekannten Vorkommnisse bei der Gewährung freien Wechsels für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski. Herr Paderewski hat unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden in Posen das Reich zum Aufbruch und Bürgerkrieg gegeben. Bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 jagte er: „Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.“ In der gesamten polnischen Öffentlichkeit wird auch die Armee Haller als polnische Armee bezeichnet. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Posen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Posen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs schwerste gefährdet werden. Niemand kann die Verantwortung übernehmen, daß die polnische Minderheit in Westpreußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung täglich zunehmenden zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber auch damit gerechnet werden, daß die deutsche Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen gewaltsamen Widerstand leisten wird. Heute herrscht in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit, wenn aber die geforderte Landung nach dem heutigen Stand der Dinge zum blutigen Kampf in diesen Gebieten führt, so wird außerdem die deutsche Ostfront gegen den russischen Bolschewismus gefährdet. Die geringen deutschen Kräfte, welche die Sowjettruppen zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls den Feind und würden gottlos zwei Feuer geraten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land hervorrufen muß. Dagegen ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern und dadurch die Absicht der Alliierten, die Ordnung in Polen aufrecht zu erhalten, mit allen Kräften zu unterstützen. Die deutsche Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Einrichtungen für die rasche Landung und die Durchreise der Armee Haller nach Polen zu gewährleisten. Diese Wege führen auch eisenbahntechnisch schneller und ohne jede Störung der Lebensmittelzufuhr nach Polen zum Ziele. Um die

in der Note von Warschau noch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Uebereinstimmens erteilen zu können, ersucht die deutsche Regierung um alsbaldige Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammenfassung der Armee des Generals Haller und Stärke derselben. 2. Zeitpunkt der Landung der Armee Haller. 3. Angabe der Zeitsdauer der Durchbeförderung der Armee Haller bis nach Polen. 4. Welche Gewähr könnten die alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil derselben sich an politischen Kundgebungen oder an etwaigen Unruhen der polnischen Minderheit nach dem Vergang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Posen beteiligt oder solche mit Sicherheit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse hervorruft? gen. Reichsminister Erzberger.“

## Wilson über den Völkerbund.

Paris, 27. März.

Neuer method. Präsident Wilson hat heute folgende Erklärung veröffentlicht: Im Hinblick auf die sehr überraschende Ansicht, die in manchen Kreisen zu herrschen scheint, daß es die Diskussionen der Kommission für den Völkerbund sind, die die Endformulierung des Friedensvertrages verzögern, ergreife ich sehr gerne die Gelegenheit, um mitzutheilen, daß die Beschlüsse dieser Kommission als erste der Plenarsitzung vorgelegt wurden. Sie wurden am 14. Februar veröffentlicht, und die Welt hatte einen vollen Monat Zeit, um den damals vorgelegten Völkerbundsentwurf in allen Einzelheiten zu besprechen. Während der letzten Tage ist die Kommission bemüht gewesen, aus den Kritiken, die die Beschlüsse der Kommission des Völkerbundvertrages hervorgerufen haben, Nutzen zu ziehen. Ein Komitee der Kommission hat auch den Vorschlag gemacht, eine Konferenz zwischen Vertretern der neutralen Nationen abzuhalten, die ein sehr tiefgehendes Interesse und den wohl einstimmigen Wunsch bezeugen, sich auf den Völkerbund einzustellen. Der revidierte Völkerbundvertrag ist jetzt so gut wie fertiggestellt. Er befindet sich in den Händen eines Komitees, das die Aufgabe hat, den Entwurf fertig zu stellen, und wird sogleich der Öffentlichkeit ein zweites Mal vorgelegt werden. Die Konferenzen der Kommission haben ausnahmslos zu Seiten Statistiken, wo sie auf die Beratungen derjenigen, die es auf sich genommen haben, die endgültigen Beschlüsse der Konferenz mit Rücksicht auf die vielen anderen komplizierten Friedensprobleme zu formulieren, nicht während einwirken konnten, so daß die Mitglieder der Kommission sich zu der Tatsache Glück wünschen, daß kein Teil ihrer Konferenzen je irgend eine Art von Verzögerung bewirkt hat.

## Das Geständnis.

Kun ist's herauf! Herr Roske hat nach der Anklage-Rede Soares das Geständnis abgelegt, daß die Verhängung des sogenannten Standrechts und damit die Massenverurteilungen jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. Er erklärte mit anerkennender Offenheit, daß nicht das Recht, sondern der Erfolg entscheide und der Erfolg sei für ihn. In der Tat, das läßt sich nicht leugnen, dafür zeugen die Leichen der Erschlagenen!

Selbst einem Teil der bürgerlichen Presse wird es bei diesem Geständnis unbehaglich. So schreibt das „Berl. Tageblatt“:

„Wenn Roske aber auf den Vorwurf, den Rechtsgedanken verzieht zu haben, nichts anderes zu erwidern wüßte, als daß in einer solchen gefährlichen Situation nicht Paragrafen, sondern lediglich der Erfolg gelte, so läßt sich diese Redewendung, die kein Reichstag einem Kriegsminister durchsetzen hätte, wohl aus der sehr erregten Stimmung erklären. In die ihn der Abgeordnete Soares und seine Genossen durch ihre Risikofundgebungen verfecht haben mögen. In rechtserfüllter ist sie nicht. Ein Minister dort, und mag die Situation noch so mifflig sein, den Rechtsboden nicht verlassen. Denn er ist der Träger und Repräsentant des Rechtsgedankens, und stellt er sich ausschließlich auf den Boden der Macht, so gibt er allen destruktiven Elementen ein moralisches Recht in die Hand, das gleiche zu tun.“

Das „D. Z.“ vergißt bei dem Entschuldigungsversuch, daß Roske schon einmal erklärt hat, um juristische Täfelchen kümmere er sich nicht. Der Mann vertritt eben den Standpunkt der nackten Gewalt gegen alles Recht. Aber zuletzt ist die Gewalt noch stets unterlegen.

## Die Gewerkschaften in der Revolution.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben die Mitgliederzahl von 3 Millionen überschritten. In diesem Anwachsen der Mitgliederzahl findet der durch die Revolution mächtig gestärkte Glaube der Arbeiterklasse zur eigenen Kraft einen Ausdruck. In kurzer Zeit hat sich die Mitgliederzahl fast verdoppelt.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“, das diese Zahlen zusammenstellt, bemerkt dazu, aus dieser Entwicklung der Gewerkschaften sei zu erkennen, „daß die Arbeitermassen das Vertrauen zu ihren Wirtschaftsorganisationen keineswegs verloren haben, und daß die letzteren berufen sein werden, bei dem bevorstehenden Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft einen hervorragenden Einfluß auszuüben.“

Es ist in der Tat eine gewaltige Macht, die sich in den Gewerkschaften verkörpert, und von dieser Macht kann wohl ein hervorragender Einfluß abgeleitet werden. Aber es kommt nicht nur darauf an, daß man Einfluß besitzt und daß man ihn ausübt, sondern es kommt in erster Linie darauf an, wie und wo man den Einfluß geltend macht.

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten die Tendenz zu starker Zentralisation. In richtiger Erkenntnis vom Wesen und von den Bedingungen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit ist diese Tendenz von der Masse der Organisierten, wie von den Gewerkschaftsleitungen bewußt gefördert worden. Eine Frucht dieses streng zentralistischen Aufbaues der Gewerkschaften war eine zunehmende Machtstellung der Vorstände. Wie stark die Zentralisation in den Gewerkschaften fortgeschritten ist, und in wie wenigen Händen die obere Leitung der Organisationen heute ruht, ist daraus zu erkennen, daß im Februar 1919 2369000 Organisierte in nur zwölf Verbänden vereinigt waren.

Die Machtstellung der Gewerkschaftsbürokratie, obwohl aus der Demokratie geboren, war vor dem Kriege nahe daran, sich in eine Diktatur — nicht so sehr der Gewerkschaftsbeamten, sondern mehr des bürokratischen Apparates umzuwandeln, der sich — oftmals gegen den Willen der in ihm wirkenden Menschen — nach eigenem inneren Gehehe bewegt.

Die Zustände während des Krieges begünstigten die Vorliebe für die Erledigung der wirtschaftlichen Streitigkeiten mit Hilfe friedlichen Ausgleichens. Zum politischen Bürgerfrieden kam der wirtschaftliche Streik wurden als Landesverrat gekennzeichnet, an die Stelle der Idee des Klassenkampfes trat die Gefahr vom gemeinsamen Interesse aller Klassen.

Wie fest verwurzelt diese Reaktionen in den oberen Gewerkschaftsinstanzen sind, zeigt die Tatsache, daß sie ihren Glauben an die Ueberbrückbarkeit der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit hinübergerettet haben in die revolutionäre Epoche. Sie betätigen ihn in der mit Hirchen und Christen und Unternehmern abildeten „Arbeitsgemeinschaft“. Einigungsämter und Schlichtungsausschüsse sollen dem Proletariat Vettelplattene von den Millionenkriegsheimlichen der Unternehmer anzuwähren in dem Augenblick, da die Flamme des Klassenkampfes zum Himmel loht. Bindungen werden dem Proletariat aufgelöst zu einem Zeitpunkt, da es noch voller Ellenbogenfreiheit verlangt, um zur Entscheidung zu schreiten. Der kollektive Arbeitsvertrag wird zum Zielobjekt der Revolution gemacht. Die soziale Revolution in der Tat zur Lohnbewegung erniedrigt.

Auf den starken Rostrom neuer Mitglieder wiesen wir schon hin. Es liegt auf der Hand, daß diese Massen den bisher am schlechtesten organisierten und entkulten Berufsgruppen angehören. Sie kommen nun in die Gewerkschaften, um ihre Lebensbedingungen möglichst schnell auf das Niveau jener Arbeiterkategorien zu heben, die in jahrelanger, mühsamer Gewerkschaftsarbeit erträgliche Löhne erkämpft haben. Sie sind es, die in sogenannten wilden Streiks Macht nehmen.

Für den fürchtbaren Druck des Kapitals, unter dem gerade sie geknien haben, und ihnen gegenüber haben die Vertretungen auf Schiedsgerichte und Einigungsämter die geringste Wirkung. Gewerkschaftliche Disziplin ist ihnen noch ein fremdes Ding, und am wenigsten verstehen sie jene Art von Disziplin, die neuerdings von den Vorständen gelehrt wird.

Es wäre nun die Aufgabe der Gewerkschaftsvereine, die hochbedenklichen Folgen dieser neuen Bewegung planmäßig in eine bestimmte Bahn zu leiten, nicht um das impulsive Trödeln der Massen zu dämpfen, sondern um die durch die Revolution — zahnlosmächtig wie moralisch gewaltig — gesteigerte Kraft der Gewerkschaften einzusetzen im Kampf um das Ziel der Arbeiterklasse: die Sozialisierung der Wirtschaft.

Statt dessen verbünden sie sich wirtschaftlich in der „Arbeitsgemeinschaft“ und politisch im Weimarer Regierungsbündnis mit dem Untertanentum. Durch dieses unnatürliche, inmitten der sozialen Revolution für die Arbeiterklasse völlig unbenutzliche Bündnis wird der Einfluss der Gewerkschaften benützt, um dem Kapitalismus schnell wieder alle Macht in die Hand zu spielen.

Genau diese verderbliche Taktik wendet sich eine temperamentvolle kritische Bewegung im Innern der Gewerkschaften, die in vielen lebhaften Versammlungen in allen Teilen des Landes ihren Ausdruck findet.

Es ist eine Verleumdung, daß sich diese Bewegung gegen das feste Gefüge der Organisationen wendet. Das Vertrauen der Kritiker richtet sich nicht gegen die Organisationen, deren festen Bau und seine Sicherung sie nicht anzutasten gedenken, sondern lediglich gegen die führenden Instanzen, in deren Wegen sie Abwege sehen. Die Kritiker wollen nicht, daß ihre Organisationen in den Dienst einer Taktik der Klassenharmonie gestellt werden, die wohl hier und da durch schäudernden Vergleich einzelnen Verurteilten kleine Vorteile zuwenden kann, der Gesamtheit der Arbeiterklasse auf die Dauer jedoch Schaden tut.

Zu den heftigsten Anklagen gegen die Gewerkschaftsinstanzen gibt den Kritikern die feindselige Stellung der Bürokratie zu den Arbeiterräten Anlaß, die in bekannten Ausdrücken und mancher Gewerkschaftsblätter zum Ausdruck kam. Den Arbeiterräten gehört das Vertrauen der Massen, von ihrer Stärkung und ihrem Wirken erwarten sie die Befreiung aus der Lohnsklaverei. Sie schämen die Arbeiterräte als Machtpositionen des Proletariats, und während sie von ihren Organisationen eine Stärkung dieser Positionen erwarten, müssen sie sehen, daß die Bevollmächtigten der Gewerkschaften den Arbeiterräten feindselig entgegenzutreten. Sie erkennen daran, daß die Vorstände das Ziel der Arbeiterbewegung, die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische, ablehnen und unter dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft, von dem sie beständig reden, den Wiederaufbau des Kapitalismus verstehen.

Inzwischen ist das Nihilistische fertig geworden. Dieses Gesetz sowie die Verordnung über die Betriebsräte steht in gerader Linie jenseits der Politik fort, die in der „Arbeitsgemeinschaft“ begonnen wurde. In beiden Gesetzen wird der Gewerkschaftsbürokratie maßgebender Einfluß auf die Zusammenfassung des Reichslohnratens wie der Betriebsräte garantiert.

Die Arbeiterklasse fordert wirtschaftliche Machtbefugnisse für die von der Arbeiterklasse direkt gewählten Räte, weil sie der Gewerkschaftsbürokratie die Sozialisierung nicht anvertrauen will. Diese Wurzel des Konflikts in den Gewerkschaften wird von der Bürokratie nicht erkannt oder geistlich übergegangen. Zudem man den Reichslohnrat und die Betriebsräte zu Teilerwerbungen der „Arbeitsgemeinschaft“ macht, macht man beide Einrichtungen für die Arbeiterklasse wertlos. Wird diese Praxis auf andere Industriezweige ausgedehnt, so muß die Folge eine Vertiefung des Gegensatzes zwischen den Mitgliedern der Gewerkschaften und der Bürokratie sein.

Dieser Gegensatz hat die Gewerkschaftsbewegung in eine Krise geworfen, aus der sie nur dann gerettet hervorgehen kann, wenn die Vorstände sich — als Demokraten, die sie doch sein wollen — dem Willen der Organisierten fügen oder anderen Männern Platz machen. Die Kritiker an der Gewerkschaftsaktion fordern nichts weiter, als daß die Gewerkschaften in ihrer Praxis das Klasseninteresse des Proletariats allen anderen Rücksichten voranstellen und eine vernünftige Stellung zu den Arbeiterräten finden, die es beiden Organisationen möglich macht, nach lang überlegter Arbeitsteilung nebeneinander zum Wohle des Proletariats zu schaffen. Gerade weil sie mit dem stärksten Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitungen erfüllt ist, fordert die Arbeiterklasse um so energischer die Arbeiterräte.

### Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik.

Ueber dieses Thema sprach Hellmuth v. Gerlach am Donnerstagabend im überfüllten Sitzungssaal des Herrenhauses. Der vom Bund Neues Vaterland veranstaltete Vortrag bewies, daß man in Berlin die Polenfrage auch von anderem Gesichtspunkt betrachten kann, wie die deutschen Redner im Sportpalast und Rixhaus Saal. Der lebhafteste Beifall, den v. Gerlach und die Diskussionsredner erzielten, zeigte, daß nicht alle Leute von nationalistischen Phrasen sich benehmen lassen. Die nüchterne Sachlichkeit war im Gegensatz zu der Phrasenhaftigkeit eines Professor Röhbe das Kennzeichen der Ausführungen des Referenten.

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die preussische und deutsche Polenpolitik alten Stils ging von Gerlach auf seine Mission in Polen ein und erklärte, daß selbst der Adjutant des Generalkommandos in Polen ihn dringend gebeten habe, dafür zu sorgen, daß keine landesfremden Truppen nach dem Osten geschickt werden. Deutsche Beamte und Mitglieder des polnischen Volksrats stimmten in dieser Kardinalforderung überein. Trotzdem predigte v. Gerlach in Berlin tonnen Ohren, fremde Truppen wurden geschickt und die Ereignisse nahmen jene verhängnisvolle Entwicklung, deren Ergebnisse wir heute beklagen. Statt die berechtigten nationalen Forderungen der Polen zu erfüllen, machte man Polenpolitik alten Stils und erweckte dadurch den Uebernationalismus der Polen.

Wie leicht eine Verständigung nach Revolutionausbruch möglich gewesen wäre, zeigten auch die eingehenden Darlegungen eines Mitgliedes des derzeitigen Zentralrats in Warschau. Er schilderte, wie trotz der Erregung der gesamten Bevölkerung, trotz des schwachen und kopflösen Verhaltens der höheren Offiziere, die ihren Posten einfach verließen, durch die Soldatenräte ein friedliches Uebereinkommen anabachtet wurde. Durch die Gesandtschaft des Grafen Rechter und andere schwere Fehler wurden diese Anstrengungen zu einer Verständigung verhindert.

Eine Resolution gegen jede Gewaltpolitik für Verständigung mit den Polen wurde einstimmig angenommen. Eine wirkliche Aenderung der jetzigen Politik ist aber, wie die zahlreichen Zivilisten (Rolle) bekräftigten, nur von einem allgemeinen Wandel der Regierungspolitik zu erwarten. Die Gewaltpolitik nach außen ist nur die Ergänzung der Militärherrschaft im Innern. Gegen beide muß der Kampf zäh und unermüdet geführt werden.

### Die Gefängnisgruel.

Obwohl die Greuelthaten, die die Regierungstruppen an den Gefangenen verübt haben, schon seit Wochen in der Öffentlichkeit bekannt sind, hat sich erst jetzt der Gouverneur von Berlin, Herr Schöpflin, veranlaßt gesehen, das Gefängnis in der Redter Straße zu beschließen. Er hat es aber dabei an der erforderlichen Gründlichkeit fehlen lassen, denn der hofkontrollierte Bericht gibt an, daß Herr Schöpflin

keine Klagen über unangemessene Behandlung und Verhaftung zugegangen wären.

Das ist das übliche Verdrängungs- und Vertuschungsmanöver. Der „Vorwärts“, der bisher über die skandalöse Behandlung der Gefangenen kein Wort verloren hat, obwohl ihm die Vorgänge in den Gefängnissen nicht entgangen sein können, erhebt bei dieser Gelegenheit gegen uns den verfluchten Vorwurf, wir verbreiteten „Lügen und Verleumdungen“. Demgegenüber stellen wir fest, daß das von uns veröffentlichte Material jederzeit durch Zeugen eidlich bekräftigt werden kann. Eine Fülle von neuem Material steht uns außerdem noch zur Verfügung. Weiß übrigens Herr Schöpflin nicht, daß außer dem Redakteur der „Roten Fahne“, Herrn Sojales, noch andere Gefangene in Moabit menschenlich erschossen worden sind? Aber Herr Schöpflin arbeitet nach dem Rezept der alten Inspektoren: Er beschneidet die Gefängnisse erst, dann, wenn alles in Ordnung gebracht worden ist. Außerdem erluden wir Herrn Schöpflin, sich auch einmal nach Plötzensee zu bemühen und dort nach dem Rechten zu sehen. Er darf dabei aber nicht die Regierungssoldaten befragen, die die Untaten auf dem Gewissen haben. Sondern er muß einzig und allein die Gefangenen vernahmen, die geschlagen, bedroht und beschimpft worden sind oder Augenzeugen von schweren Mißhandlungen waren. So nur dient er der Wahrheit und der Gerechtigkeit, für die die „sozialistischen“ Nachhaber gegenwärtig verdammt wenig übrig haben.

Wie immer bei solchen skandalösen Vorfällen, so wird auch diesmal wieder der „Vorwärts“ von einem bürgerlichen Blatt beschämt. Die „Vossische Zeitung“ hielt sich gegenüber der Greuel in den Gefängnissen einen ausführlichen Bericht zu veröffentlichen, der unsere Angaben fast bis auf den Buchstaben bestätigt. Die „Vossische Zeitung“, der eine Anzahl Zeugen zur Verfügung steht, schreibt im Anschluß an ihren Bericht:

Wir veröffentlichen den Brief zu dem Zweck, die Regierung zu schleunigster Untersuchung zu veranlassen. Stellen sich die in dem Brief behaupteten Tatsachen als wahr heraus, so würde das von Zuständen zeugen, die auch nicht einen Tag länger dauern dürfen. Selbst gegenüber Leuten, die der gemeinsten Verbrechen überführt sind, dürfen die Gesetze der Menschlichkeit niemals außer Kraft gesetzt werden. Um so weniger darf es geschehen, daß Männer, die um politischer Vergehen willen verhaftet sind, in einer Weise behandelt werden, die, wenn der Inhalt des Briefes zutrifft, in Deutschland bisher unerhört war. Wir zweifeln nicht an dem guten Willen der Regierung, hier abzuweichen. Uns ist von dem Verwandten des Briefschreibers eine ganze Reihe von Zeugen namhaft gemacht worden, die wir jederzeit zur Veridung des Ministeriums halten. Auf alle Fälle dürfte es angebracht sein, daß die Regierung in dem Gefängnis, in dem Truppen stationiert sind, dauernd gewissenhafte und politische zuverlässige Zivilkommissare unterhält, die ihr für die Behandlung in den Gefängnissen und namentlich für die Behandlung politischer Gefangener verantwortlich sind.

So schreibt eine bürgerliche Blatt. Der „Vorwärts“ aber verdrängt seinen Lesern die Wahrheit und nimmt die verbrecherischen Elemente der Regierungstruppen unter seine schützenden Flügel. Wir werden und inessen nicht abhalten lassen, und der Kampfen weiter anzunehmen. Von der Regierung aber verlangen wir, daß sie unsere Zeugen hört und nicht durch eine skandalöse Verdrängung die grausamen Vorgänge in den Gefängnissen verbirgt.

### Preussische Untersuchungskommission.

Der von der preussischen Landesversammlung eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen und des Verlaufes der Unruhen in Preußen im Jahre 1919 hat sich konstituiert. Vorsitzende ist der Sozialdemokrat Stiering, sein Stellvertreter der Zentrumsgesandte Gaffin, Schriftführer die Abgeordnete Dr. Kaufmann und Riedel. Vorsitzender über das Ergebnis der Untersuchung wird Hg. Hellmann (Soz.) sein. Der Ausschuss beginnt seine Arbeiten am Donnerstag der nächsten Woche.

fügen, oder kein. Vorwort, kein weiteres Unordnen als das Unordnen unter das Höhere, die göttliche Stimme in uns.

### Arbeiter und Künstler.

Daß Alexander Roßli im Vortrag großer Dichter seine Zurechnung jetzt vor unverbildeten Arbeitern, den die Welt ist nicht nur den Einladenden und Geladenen ein Künstler, hoher Gewinn; wir wissen, daß es auch Roßli ungewöhnliche Freude macht, und er sagt: „Ich will den Arbeitern nur mein Allerbestes geben und hoffe, daß es mir gelingen wird. Der vorige Sonntag Nachmittag war nicht meinem Gastspiel im Lustland, mein schönstes Erlebnis in meinem Beruf seit einem Jahre. Ich will nur alle meine Sympathie mit den Arbeitern übertragen und ihnen immer ein neues Programm lesen, den ganzen nächsten Winter.“

Ueber den vorigen Vortragabend Roßlis (der nächste findet am kommenden Sonntag statt) heißt es in einem aus Berlin über die Briefe eines Doppelkenten: „Wir haben ich Menschen in solcher Fieberhitze aus irgend einem Vortrag oder aus der Kirche kommen sehen. Ein unsichtbares Band verknüpfte alle.“ „Möchte die Kunst noch recht, ist ihr die weitere Wirkung zu den Arbeitern, dann wird es um vieles beher bester sein.“

Mag. Tassanerg, der im Trogischen und Erbsen... (schlitzig) Schauspieler, sprach am Mittwoch im... (Verhören) vor einem Publikum, das, enttäuscht über die... (halten) seines „humoristischen“ Programms, der Ungleichheit... (etwas) unklar, inoffiziell waren, konnte Voll, aber unter... (sein) seinen Vorträgen fortzuführen. Er erbot sich, das... (Zurück) zurückzugeben, sollte aber lieber, wenn er schon die... (wieder) mit dem Vertrag... (vertraut), Kunst und... (in) höherer Form offener, auch wenn er das... (alle) gesellschaftlichen... (Berlin) Berlin... (Kongress) unter... (noch) laufende... (Publikum) durch... (ein) ein... (An) demselben Abend sprach... (in) in den... (Kunst) Kunst... (mit) mit... (moderne) moderne... (Ausdrucks) Ausdrucks... (aber) aber die... (Klein) Klein... (Wirkung) Wirkung... (neue) neue... (in) in... (entziehen).

### Idealisten.

Zu der vom Arbeiterrat für Kunst veranstalteten Ausstellung unbekannter Architekten.

Von Bruno Taut\*)

Der Wunsch, welcher schon in der Ankündigung durch die „Freiheit“ ausgesprochen wurde, sei heute nach der Eröffnung wiederholt: möchten recht viele Vertreter der vorwärtstrebenden und revolutionären Proletarie, aber auch viele Frauen und Kinder diese Ausstellung sehen! Doch sie im „Leinen“ Weisen, Aufstrebend 232, Gropius's Kabinett (9 bis 6 Uhr), bis Ende April fortwähret, hat nur eine Anstaltsfrage in dem Entgegenkommen des Leiters des Kabinetts J. B. Reumann dafür liegt sie aber in unmittelbarer Nähe des Zoologischen Gartens, ist also leicht zu erreichen und ist unentgeltlich.

Weshalb wir so sehr an das anrichte Proletariat appellieren? Weil diese Ausstellung ganz und gar unbürgerlich ist. Schon ihr Werkstoff, unbekanntes Material. Für die typisch bürgerliche Welt geht alles nach Name und Autorität. Wer unbekannt bleibt, der taugt nichts oder paßt nicht in diese Welt. Meistens sind es die veralteten, heitern und kindlichen Naturen, von denen man das sagt; aber der hohe Wert dieser Bürgerwelt, die überhaupt in keine Welt paßt, umschließt sie, nimmt ihnen ihre Verborgensfreiheit, und wenn sie dann in sich versunken nur auf den Klang ihrer Phantasie, ihrer Seele achten, dann heißt es: „Bebauern“ weitere Idealisten!

Wir haben hier also eine Ausstellung von „bebauerten“ Idealisten. Und die mühte der revolutionäre Proletariat am besten verstehen, da er ja selbst einer ist. Er wird das Liebende und Mitleidende ohne weiteres aufnehmen, eben das, was den Bürger als „Anarchie“ entsetzt. Der braucht auch, im Willigen die „Kraft“, die Herrschaft, und ist ganz und gar hilflos, wenn er keine Schamteilungen, keine Trennung in Systeme und seine Stöße in „berühmten“ Autoritäten findet. Auf die bürgerliche Welt sehen wir deshalb gar keine Hoffnung, wenn sie sich nicht selbst aufgeben kann, und appellieren um so stärker an den Proletariat.

\*) Wir erhalten diesen Beitrag von dem als radikalsten und in verdorbenen Maße der in die Zukunft wirkenden Architekten Bruno Taut, der die Anregung zu der oben besprochenen Ausstellung gab. Sie ist ein erster Versuch. Andere sollen folgen — auch von unbekanntem Material — neuartige Ausstellungen, die mit dem bürgerlichen exklusiven Ausstellungscharakter rechnen.

Er hat unter allen Bevölkerungsstufen in der Stadt am wenigsten unter den verderblichen Einflüssen des Geldes gelitten, vielleicht ist er am ehesten empfänglich für das kirchlich-ethische und elementar-sprudelnde Schaffen von Künstlern, die noch keinen Stempel haben.

Diese Ausstellung ist ein Experiment. Wir wollten doch sehen, ob es nicht noch mehr Künstler unter den Architekten gibt als die 6 oder 8 Namen der „Verstärkungen“, und wollten ihnen helfen. Es ist viel eingegangen, nur ein Fünftel blieb als das, was sich von der Schöpfung des Heiligen abhebt. Aber dieses Fünftel, diese wenigen Künstler gehen im ganzen ein so weiches, vom Wohn- und Landhaus, aber dabei, Wolkenspeicher, Theater bis zu ganz seltsamen Türmen und den phantastischen Gebilden hin und her fliehendes Bild, daß der schlichte, neuen Bauwerken vorbehaltlos folgende Sinn einfach entzückt sein muß. Dieser gläubigen wir immer, Architektur wäre so etwas... (le) leben wir in, daß es eine Kunst ist.“ Sagt ihr das, liebe Väter, dann werden wir maßlos froh sein. Denn dann sehen wir, daß ihr ja schon Mitbauende seid, dann haben wir die Gewißheit, daß die frühe Morgenröte der neuen Kultur schon am Horizont aufsteht.

Welches unser Ziel ist, haben wir in einem Führer kurz ausgedrückt, der in der Ausstellung gratis zu haben ist. Er sagt unsere Absichten, unser Wollen. Eine „schönheitliche“ Führung ist hier ganz überflüssig. Seht ihr durch und laßt euch von den Vorgehenden froh machen! Nach überflüssiger ist aber eine „Kritik“. Ich will euch aber mit aller nur Worte — wer wollte sich das Recht anmaßen, Denkmäler zu verteidigen und den Schulmeister alten Stils zu spielen! Was und allen oder sehr näher könnte, wäre, wenn jeder Proletariat, Arbeiter, Handwerker, Student usw., auf einem Blatt schreiben wollte: „Ich finde das und das am liebsten.“ Dies soll kein Wettbewerb sein — wir wollen nur euch wissen, damit und ob ihr zu und steht. Es wird sich zeigen, ob ihr uns damit den rechten Weg weisen könnt oder ob wir einwilligen vielleicht doch noch ein am besten müssen bis wir die richtige Sprache zu euch gefunden haben.

Wir machen uns gar nicht an, alles Tageweise zu überlegen, wir können uns um nichts kümmern, nehm uns, wie wir sind. Und da dürfen wir froh sein, daß wir etwas so fliehendes, Wechselvolles geben haben, das in sich selbst einseitig gebunden ist: Jedes hat das gleiche Recht, einzutreten, das andere die Selbstbestimmung des einzelnen beruht auf der Gemeinschaft, es gibt keinerlei Herrschaft, weder von Rechtschaffen oder Systemen und Autoritäten, Stellungen, ein erkennendes Ein-



